

■ schulnotizen

Positionen zu Schule, Bildung und Gesellschaft

SLV: Kehlerstraße 22a, 6900 Bregenz; Druckerei Wenin, Dornbirn; Verlagspostamt Hohenems, P.b.b. GZ 02Z033923 M

Freie LehrerInnen
FSG-Unabhängige - SLV - VLI

- **Darf eine Lehrperson auch einmal schlechte Laune haben?**
- **JunglehrerInnen im Regen stehengelassen**
- **Afghanische Jugendliche in Vorarlberg**
- **Bildungspolitische Blockade durch die ÖVP**

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Der Fall einer Lehrerin, die beschuldigt wurde, strafrechtliche Aussagen über den Propheten Mohammed gesagt zu haben, wird von der Staatsanwaltschaft nicht weiter verfolgt. Einfacher gesagt: Es handelte sich um haltlose Anschuldigungen, um eine Überreaktion einer wohlbekanntes türkischen Person, die zusammen mit einigen Eltern, dem türkischen Konsulat und einer türkischen Zeitung gehörig Druck im Landhaus aufbaute.

Die Personalvertreter und Lehrgewerkschafter der Freien LehrerInnen werden in der nächsten Ausgabe der Schulnotizen diesen Fall und auch ähnlich geartete Fälle, in denen versucht wurde, LehrerInnen unter Druck zu setzen, genauer unter die Lupe nehmen.

Der Zentralausschuss wird auch in einem Gespräch mit Schullandesrätin Bernadette Mennel überlegen, wie in Zukunft bei solchen Vorkommnissen am besten vorgegangen werden soll.

Wer Gewerkschaftsmitglied ist, erhält in solch einem Fall eine kostenlose Rechtsberatung und muss auch die gesamten Rechtsanwaltskosten nicht bezahlen, selbst dann nicht, wenn die Lehrperson später schuldig gesprochen werden sollte.

Die Redaktion



Der Vors. der Plichtschullehrgewerkschaft Gerhard Unterkofler (re.) wurde von Eugen Lampert (Vors. der GÖD) bereits zum dritten Mal hintereinander zum besten Werber von Gewerkschaftsmitgliedern in Vorarlberg geehrt.

**Freie
LehrerInnen**

FSG / Unabhängige / SLV / VLI

Jetzt auch
auf Facebook

- 4 Ein Junglehrer zieht nach einem Jahr Bilanz
- 5 Aktuelle Bildungspolitik
- 6 Die Gelassenheit des Lehrers
- 8 Willkommensklasse
- 9 Bildungsreisen
- 10 Flüchtlinge: Die Hasara
- 12 Infos für den Schulalltag - Verhaltensnoten
- 14 Sie fragen, wir antworten
- 15 (Nicht nur) Erfreuliches
- 16 JunglehrerInnen im Regen stehengelassen
- 17 Sonderverträge für JunglehrerInnen
- 18 Bildungspolitische Blockade durch die ÖVP
- 20 Mehr Ressourcen für die Volksschule
- 21 Sonderverträge für JunglehrerInnen
- 22 Gastkommentar von
LABg. Gabi Sprickler-Falschlunger
- 23 Armut hat auch Kinderaugen

Impressum

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:

Sozialistischer Lehrerverein Vorarlberg,
Vorsitzender: Willi Schneider,
Kehlerstraße 22a, 6900 Bregenz

Verantwortliche Redakteure:

Armin Roßbacher, Gerhard Unterkofler

Mitarbeiter dieser Ausgabe:

Iris Asam, Thomas Bulant, Peter Fischer, Kurt Greussing, Gabi Sprickler-Falschlunger, Marc Stefanon, Willi Schneider, Willi Witzemann

Layout: Franz Bickel

Druck und Herstellung:

Druckerei Wenin, Dornbirn

Die **schulnotizen** sind ein Diskussionsorgan. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht vollinhaltlich der Blattlinie bzw. der Meinung der Freien LehrerInnen entsprechen.

E-Mail: schulnotizen@hotmail.com

Homepage: www.freielehrer.at

Facebook: Freie LehrerInnen



Garys Nadelstiche

Gerhard Unterkofler (unterkofler.gerhard@aon.at)

Die neue Bildungsministerin Sonja Hammerschmid bringt frischen Wind in die Bildungspolitik. Bemerkenswert ist auch, dass sie die Kritik der OECD an den angeblich hohen LehrerInnengehältern in Österreich sofort zurückwies. Originalton der Ministerin: „Die Lehrergehälter sind gerechtfertigt. Wir verlangen viel von ihnen. Sie haben den wichtigsten Job in unserer Gesellschaft.“ Ich meine, das ist doch immerhin schon etwas.

SCHULAUTONOMIE MIT HIRE & FIRE

Das neue Schlagwort „Schulautonomie“ klingt gut und wäre gepaart mit genügend Ressourcen, mehr Transparenz und Demokratie zu befürworten. Doch wenn Frau Hammerschmid den DirektorInnen auch zugestehen möchte, dass diese die LehrerInnen aussuchen können sollten, wird ein Gewerkschafter hellhörig und stellt sich zahlreiche Fragen:

- Was passiert mit jenen Lehrpersonen, die kein Leiter/keine Leiterin haben will? Werden sie dann von der Schulabteilung gekündigt? Ohne triftige Gründe oder wegen „Formfehler“ wird das Arbeitsgericht solche Kündigungen rückgängig machen. Das wäre nicht das erste Mal. Und die Gründe für eine Kündigung wird der Leiter/die Leiterin dann liefern müssen.
- Darf der Direktor/die Direktorin alleine die Lehrperson aussuchen oder nur zusammen mit dem Schulforum?
- Was passiert mit KollegInnen, die eine Schule suchen, nachdem sie krankheitsbedingt für längere Zeit ausgefallen sind? Schon jetzt kennen wir das Problem, LehrerInnen mit vorangegangenem Burnout an einer Schule unterzubringen.
- Wird bei der Auswahl des Lehrkörpers auch auf Diversität und Vielfalt Wert gelegt werden müssen?
- Welches Korrektiv gibt es, wenn politisch aktive oder kritische Lehrpersonen es besonders schwer haben, an einer Schule unterzukommen?

Den Wunsch, dass Lehrpersonen zum Profil einer Schule passen sollten, verstehe ich schon. Es ist auch verständlich, dass bei zwischenmenschlichen Problemen eine Versetzung durchaus mal angedacht werden muss. Und vor allem ist auch klar, dass unfähige Personen nichts im Lehrerberuf zu suchen haben. Doch darüber sollte nicht nur der einzelne Leiter/die einzelne Leiterin entscheiden, sondern in Zusammenarbeit mit der Personalvertretung weiterhin die Schulabteilung.

NEOS und manche WirtschaftsvertreterInnen fordern sogar, dass Lehrpersonen durch LeiterInnen angestellt und auch gekündigt werden sollten. Ich glaube nicht, dass wir den LeiterInnen diese Bürde übertragen sollten. Dazu benötigt man nämlich juristische Kenntnisse und muss bereit sein, sich mit Rechtsanwälten und dem Arbeitsgericht auseinanderzusetzen. Kündigungen und Einstellungen sollten weiterhin eine Aufgabe der Schulabteilung sein, vielleicht mit etwas mehr gesetzlichen Möglichkeiten. Vor allem muss es weiterhin möglich sein, dass Lehrpersonen bei Problemen auch eine zweite Chance an einer anderen Schule erhalten.

Beim Schlagwort „personelle Autonomie“ wird ein Gewerkschafter hellhörig.

Außerdem: Ich höre in dieser Diskussion immer nur, wie wichtig es sei, problematische Lehrpersonen von einer Schule entfernen zu können. Die Frage, ob es nicht auch möglich sein müsste, LeiterInnen, die de facto ihren Beruf auf Lebenszeit haben, bei Unfähigkeit absetzen zu können, scheint sich kaum jemand zu stellen.

ZU WENIG LEHRAMTSSTUDENTINNEN

An der PH Vorarlberg sind die Zahlen der StudentInnen für Volks- und Sekundarschulen völlig eingebrochen. Heuer beginnen zirka 45 ordentliche StudentInnen das VS-Lehramt und nur 40 Personen die SekundarlehrerInnenkarriere. Dass die neue Ausbildung schuld daran sei, liegt zwar auf der Hand, doch auch letztes Jahr hat es bei der alten Ausbildung bedeutend weniger StudentInnen für die NMS gegeben. Bedenklich ist auch, dass bei der Aufnahmeprüfung an der PH Vorarlberg 25 Prozent durchgefallen sind. Laut Insidern soll dies ein negativer Spitzenwert in Österreich sein. Die PH Vorarlberg hat deshalb all jenen, die den Aufnahmetest nicht geschafft haben und nächstes Jahr den Test nochmals machen wollen, angeboten, als außerordentliche StudentInnen heuer das Studium beginnen zu können. Wir PersonalvertreterInnen und LehrgewerkschafterInnen werden in Vorarlberg jedenfalls mithelfen, um in der Öffentlichkeit den Lehrerberuf als einen der schönsten und wichtigsten Berufe der Welt zu bewerben. Die Forderung nach Hire & Fire wird den Lehrerberuf jedenfalls nicht attraktiver machen.



Als Junglehrer im ersten Jahr

Marc Stefanon (Junglehrer an der VS Röthis)

Marc Stefanon (marc.stefanon@vsrt.snv.at)

Mein erstes Jahr als Lehrer ist vorbei mit unzähligen unvergesslichen Momenten, sowohl gute, als auch schlechte. Es gibt viele geglückte erste Versuche und gelernte Lektionen. Doch bevor man den Punkt erreicht, an dem man denkt, dass man für das zweite Jahr gewappnet ist, sind viele Hürden zu nehmen.

Die erste davon zeigte sich bereits in den Sommerferien, als alle auf ihre Zuteilung warteten. Manche, mich eingeschlossen, warteten lange, um schlussendlich zu erfahren, dass wir ohnehin keine eigene Klasse bekommen. Die beinahe zufällig wirkende Einteilung sorgte dabei für viel Verwunderung und Unverständnis bei den ohnehin angespannten Junglehrern. Interessanterweise haben jene Lehrpersonen, die bereits im Schuldienst stehen, Vortritt vor den Neuankömmlingen. Sie haben also alle Zeit, ihre „anstrengende“ Klasse zurückzulassen, sich eine „bessere“ zu suchen und diese schwere Aufgabe einem Junglehrer zu überlassen. Ein System, das in meinen Augen mehr als absurd und in keiner Weise einsteigerfreundlich ist. Die Junglehrer können ohnehin jede Hilfe gebrauchen, die sie bekommen können. Ihnen dann noch Steine in den Weg zu legen, ist bezüglich der Sinnhaftigkeit stark anzuzweifeln.

Ein weiteres Thema, das sich im Laufe des Jahres als fragwürdig herausstellte, waren die WALKS. Eine an sich gute Möglichkeit, Junglehrern bei aktuellen Problemen in ihren eigenen Klassen weiterzuhelfen. Allerdings stellte sich die Anmeldung als Wettrennen heraus, das man in der Tat verlieren konnte und schlussendlich nicht jene Seminare besuchen konnte, die Sinn machten, sondern jene, die frei waren. Da bei manchen Themen somit weder Wissensbedarf noch aktuelles Interesse bestand, entwickelten sich die WALKS zu kleinen Klassentreffen, bei denen sich die Junglehrer untereinander austauschten und der WALK nur zweit-rangig war. Dabei muss auch gesagt werden, dass es leicht möglich gewesen wäre, die Seminare der WALK-Veranstaltungen in das Regelstudium zu integrieren

und uns somit das erste Dienstjahr zu erleichtern. Vor allem der Walk „Sicherheit für Pädagogen“ stellte sich als „Muss“ für jeden Junglehrer heraus, da viele Themen im Regelstudium nicht oder kaum bearbeitet wurden, sie aber für den Schulalltag unbedingt notwendig sind.

Am Beginn meiner Lehrtätigkeit hatte ich Glück, da ich eine angenehme Klasse für acht Wochen übernehmen durfte. Gerade genug Zeit, sich an eine Klasse zu gewöhnen und den Abschied schwer zu machen. Glücklicherweise waren alle Kollegen und auch die abwesende Lehrperson sehr hilfreich und griffen mir, wenn nötig, unter die Arme. Ich denke, dass sich gerade in den ersten Wochen viel entscheidet, ob man entweder in den Beruf hineinfindet oder zu zweifeln beginnt.



Nach der Rückkehr der abwesenden Lehrperson wurde ich der Volksschule Röthis zugeteilt, an der ich, wie sich später herausstellte, den Rest des Schuljahres

verbringen durfte. Nach ersten Informationen sollte ich jedoch nur für vier Wochen die vierte Klasse übernehmen. Meine Zeit in der Klasse wurde jedoch von Monat zu Monat wieder um vier Wochen verlängert. Gesamt gesehen war es keine ideale Situation, da ich mir nie sicher war, was ich in der Klasse alles verändern kann oder soll.

Glücklicherweise waren in dieser turbulenten Zeit sowohl der Lehrkörper als auch die Eltern und Kinder „meiner“ vierten Klasse die rettende Insel in stürmischer See. Der Lehrkörper hatte auf jede meiner Fragen eine Antwort und für jedes Problem eine helfende

de Hand. Die Eltern zeigten sehr viel Verständnis und Geduld, auch wenn es nicht von ihnen verlangt war. Mein größter Dank muss jedoch an meine Schüler gehen, die am ausschlaggebendsten dafür waren, dass mein erstes Jahr ein voller Erfolg wurde. Die Kinder wurden in diesem Jahr sehr gefordert, verloren aber dennoch nie die Freude an der Schule und den Drang, etwas zu lernen.

Natürlich gab es in der Klasse auch Schwierigkeiten. Natürlich musste in manchen Zeiten ein Machtwort gesprochen, ein Streit geschlichtet und Nervenkraft bewiesen werden. Jedoch überwogen bei weitem jene Momente, bei denen die Kinder über sich hinauswuchsen, mich erstaunten und Erwartungen übererfüllten. Und gerade jenen Schülerinnen und Schülern, die von uns alles abverlangen und jenen, die unsere Erwartungen weit übertreffen, ist zu danken.

Im Rückblick stellten genau sie sich im Vergleich zu den unzähligen Seminaren und Professoren als der bessere Lehrmeister heraus.

Abschließend kann ich allen kommenden JunglehrerInnen nur raten, alle Herausforderungen und Aufgaben, die man sich in den Sommerferien vor dem ersten Dienstjahr ausmalt, etwas lockerer zu sehen. In jeder Schule gibt es einige Personen, bei denen JunglehrerInnen Hilfe bekommen können, seien es KollegInnen oder in der Direktion. Weiters kann ich allen nur den Tipp geben, mit ihren StudienkollegInnen in Kontakt zu bleiben, da man sich oftmals den gleichen Herausforderungen stellen muss und ein/e andere/r vielleicht bereits eine Lösung dazu gefunden hat. Wir alle wissen, dass große Aufgaben als Gruppe leichter zu lösen sind - und das gilt auch für den Lehrberuf.

EINIGE POSITIVE AKZENTE IN DER BILDUNGSPOLITIK

1. Klassen- und Schulforum können nun in der 1. – 3. Schulstufe zwischen Ziffernbenotung und alternativer Leistungsbeschreibung selber entscheiden. Kritische Anmerkung: Die KEL-Gespräche bei der alternativen Leistungsbeschreibung sind zwar notwendig, aber auch äußerst arbeits- und zeitintensiv. Es stellt sich dabei für uns Personalvertreter und Lehrgewerkschafter die Frage, weshalb gleichzeitig an zwei Elternsprechtagen festgehalten wird. Die Schulaufsicht sollte sich hier arbeitserleichternde Lösungen überlegen, um eine Überlastung der VolksschullehrerInnen zu vermeiden.

2. Ab dem Schuljahr 2017/18 wird es auch möglich sein, Klassen schulstufenübergreifend zu führen. Die Entscheidung obliegt dem Schulforum oder der Schulleitung nach Anhörung des Schulforums. Zuvor muss es jedoch eine Abstimmung mit der Schulbehörde und dem Schulerhalter geben. Auch hier: Das Ansuchen um einen Schulversuch kann man sich nun ersparen.

3. Überraschend war die Bekanntgabe, dass für ganztägige Schulformen nun 750 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Auf Wunsch der Ministerin Sonja Hammerschmid sollen Schulen, die solche zusätzlichen Mittel lukrieren wollen, einen Kriterienkatalog erfüllen. Gefördert werden sowohl offene Ganztagschulen „mit pädagogisch sinnvollem Nachmittagsangebot“ als auch verschränkte Formen mit permanentem Wechsel aus Unterricht, Lern- und Freizeit. Auch einen „Innovationsbonus“ soll es geben, wenn Schulen auf die verschränkte Form der Ganztagschule umstellen, Ferienbetreuung planen oder Mittagessen gratis bzw. sozial gestaffelt anbieten. In einem Interview stellte die Ministerin klar, dass bei der Ferienbetreuung nicht an die Lehrer sondern etwa an die FreizeitpädagogInnen gedacht ist. Dies muss allerdings noch mit der ÖVP akkordiert werden.

4. **Chancen-Index:** Schulen mit besonderen Bedürfnissen sollen aus dem Integrationstopf II 2016 mit

40 Millionen Euro und 2017 mit 80 Millionen Euro unterstützt werden. Dieses Geld ist gedacht für Schulsozialarbeiter, interkulturelle Teams, Sprachförderkurse und Sprachstartgruppen.

Zwei wichtige Forderungen:

Es ist höchst an der Zeit, dass die Landeshauptleute im Rahmen des Finanzausgleichs mehr sozialindizierte Mittel zur Förderung der Brennpunktschulen mit dem Finanzminister aushandeln. Willi Schneider (SLV), Dr. Thomas Bulant (SLÖ) und der Vors. der Vorarlberger Pflichtschullehrergewerkschaft haben Landeshauptmann Markus Wallner und Finanzminister Hans Jörg Schelling in einem Brief diese Forderung gestellt. Antwort gab es bis jetzt noch keine. Auch die Schullandesrätin Bernadette Menzel ist gefordert: Endlich sollte die Ausbildung von ErzieherInnen und HortpädagogInnen gefördert werden, denn die haben wir neben den FreizeitpädagogInnen dringend für die Ganztagsbetreuung notwendig. (gun)



Die Gelassenheit des Lehrers

Willi Witzemann (witzewilli@hotmail.com)

Oft stellen Eltern, die gerade ihre Kinder in der Klasse abholen, die Frage: „Wie schaffst du es, den ganzen Tag mit so vielen Kindern zurecht zu kommen? Mir genügt mein (B)engelchen schon, um mich zu nerven!“

Ja, wie habe ich das bloß geschafft? Da fragt man sich manchmal dann auch, wann einem das letzte Mal der sprichwörtliche Kragen in der Klasse geplatzt ist. Und ich muss mir gestehen, dass es mir nicht immer leicht gefallen ist, mich zu beherrschen. Natürlich ist es auch vorgekommen, dass ich nach dem Unterricht fix und fertig war, weil es nicht so gelaufen ist, wie ich es gerne gehabt hätte. Was für mich aber besonders wichtig war, ist, dass ich es meistens geschafft habe, irgendwie die Nerven zu behalten. Dabei hat mir das, was mein alter Lehrmeister aus der Pädagogischen Akademie einmal gesagt hat, sehr geholfen: „Mit Ruhe und einer Portion Gelassenheit wirst du immer besser an dein Ziel gelangen.“

MIT RUHE UND GELASSENHEIT?

Leichter gesagt als getan. Wie wir alle wissen, können die Schüler einen manchmal schon richtig zur Weißglut treiben. Dazu kommt, dass man selbst natürlich auch hin und wieder einmal einen schlechten

Auch Lehrer dürfen mal schlechte Laune haben.

Tag erwischen kann. Gründe dafür gibt es zu genüge. Aber auch Lehrer sind bloß Menschen und dürfen einmal schlechte Laune haben. Allerdings - da wir uns ja für den Beruf des Pädagogen entschieden haben, sollten wir „über“ den Launen des (Schul-)Alltags stehen. Und gerade wie man seine persönliche Befindlichkeit mit seiner Arbeit in Einklang bringt, stellt sich meiner Meinung nach als eine der größten Herausforderung im Berufsleben eines Lehrers dar. Vor allem in schlechten Momenten gilt es, Ruhe zu bewahren.

Die Ruhe und die Gelassenheit gehen Hand in Hand. Nun, wie gelangt man aber zu der zauberhaften Gelassenheit?

GELASSENHEIT SPIELT SICH IM KOPF AB.

Wer kennt das nicht? Zum x-ten Mal wird das Hänschen ermahnt, es solle den Unterricht bitte schön

nicht stören, doch das Bengelchen ruft trotzdem dauernd heraus; beim Karlchen hat man extra zu Hause angerufen, er solle die unterschriebene Schularbeit endlich bringen, trotzdem hat er es wieder vergessen; das Lieschen fängt schon wieder mitten im Unterricht plötzlich an zu heulen, weil sein Meerschweinchen gestern gestorben ist Wenn man jeden Tag solche Ärgernisse erleben muss, reicht es einfach irgendwann und der berühmte Tropfen lässt das Fass überlaufen. Doch halt! Bevor wir uns darüber aufregen, halten wir zuerst inne und fragen uns selbst einmal: Wie haben wir uns als Schüler aufgeführt? Haben wir uns immer perfekt verhalten und unserem Lehrer nie Ärger bereitet?

Je länger man nachdenkt, desto mehr kommt man darauf, dass Reibereien und Konflikte in der Schule nun einmal zum Berufsleben eines Lehrers gehören wie der Schatten zum Licht. Und wie ein Lehrer sich solchen Unannehmlichkeiten stellen kann, macht eben die Qualität eines Lehrers aus.

Hat man aber erst einmal akzeptiert, dass Stress und Konflikte zum Schulalltag gehören, nimmt man sie schon viel gelassener wahr.

„Der kalte Vollmond über dem tobenden Meer: Er sieht alles, er leuchtet den letzten Winkel aus, aber er wird nicht von den Wellen getroffen oder weggespült.“ Primar Dr. Reinhard Haller hat einst diese Metapher verwendet, um zu verdeutlichen, dass man Dinge auf Distanz viel objektiver, nüchterner und sachlicher beobachten kann. Denn nur so kann man einen kühlen Kopf bewahren und souverän handeln.

Wie oft haben wir mit „Sei nicht so frech!“ Schüler zum Schweigen gebracht, weil sie irgendetwas gesagt oder getan haben, das uns unangenehm erschien? Eine unbedachte Frage der Schüler wird oft zu schnell als Kränkung interpretiert, bevor wir sie überhaupt verstanden haben. Ein Verstoß gegen Regeln wird manchmal auch als Angriff auf die Lehrperson eingestuft, bevor die Schüler überhaupt verstanden haben, was sie eigentlich falsch gemacht haben.

Wer gern alles persönlich nimmt, hat es nicht leicht im Leben und besonders schwer im Berufsleben. Das gilt gerade auch bei der Interaktion zwischen Schülern und Lehrern.

Eine gewisse Sensibilität jedoch hilft dem Lehrer, den Schülern gegenüber einfühlsamer zu sein. Dies ist auch eine Voraussetzung, gelassener zu reagieren.

Gelassenheit bedeutet nicht Gleichgültigkeit.

Gelassenheit bedeutet nicht Gleichgültigkeit. Wo es Grenzen gibt, gilt es diese auch einzuhalten.

Gelassen sein bedeutet auch nachsichtig zu sein. Nachsicht mit unseren Schülern zu haben und uns dabei zu erinnern, dass auch wir einmal Schüler waren und was wir alles angestellt haben.

Gelassen zu sein, bedeutet auch Geduld zu haben. Niemand kommt als perfekter Mensch auf die Welt. Die Vergesslichkeit, der Trotz mancher Schüler mögen für den Lehrer energieraubend sein, doch all das gehört zum Reifungsprozess dazu.

GELASSENHEIT BEDEUTET AUTHENTIZITÄT.

Dass wir Lehrer keine perfekten Menschen sind und nicht alles wissen, muss man nicht leugnen. Die Aufgabe des Lehrers ist aber, den Schülern Werkzeuge mit auf den Weg zu geben, wie sie sich auch selbst Wissen aneignen können.

Gelassenheit kann man auch lernen. In Kursen (siehe PH) und/oder Büchern (siehe Buchtipp) findet man genügend Hinweise und Ratschläge, wie wir gelassener durch den Alltag kommen.

GELASSENHEIT IST ANSTECKEND.

Wie man in den Berg ruft, so kommt das Echo zurück. Die Gelassenheit des Lehrers wirkt beruhigend auf die Schüler und trägt zu einem angenehmen Klassenklima bei. Was gibt es für eine Lehrperson Schöneres als Schüler, die zufrieden sind und mit Freuden in die Schule gehen?

In diesem Sinne wünsche ich allen KollegInnen ein gelassenes Schuljahr 2016/17!

BUCHTIPP:

„Gelassenheit beginnt im Kopf“- So entwickeln Sie einen entspannten Lebensstil

von Thomas Hohensee, Knaur Verlag, Stuttgart, ISBN 978-3-426-65770-6

Gebundene Ausgabe: 18,50 €

„Selbst in turbulenten Zeiten ist es möglich, gelassen zu bleiben. Aber wie? Der Bestsellerautor und Coach Thomas Hohensee hat eine überraschend einfache Antwort: Das Denken entspannen. Wenn alles schiefzulaufen scheint und das Chaos losbricht, wechseln Sie die Denkrichtung. Spannen Sie einen Schirm auf, und der Regen prallt an Ihnen ab. Das wunderbare Leben beginnt im Kopf, die Gelassenheit auch!“



Unsere PersonalvertreterInnen helfen Ihnen gerne bei allen dienstlichen Angelegenheiten weiter. Die Namen finden Sie im aktuellen SLV-Kalender.



www.freielehrer.at





Willkommensklasse

in der Musikvolksschule Ludesch

Iris Asam, Junglehrerin an der MVS Ludesch (asam.iris@hotmail.com)

Willkommen sein – Willkommen heißen – Willkommen fühlen

„Hallo willkommen, rufen wir euch allen zu – ihr seid willkommen und fühlt euch wohl im Nu.“ So heißt es im Refrain eines Liedes. Unter dieses Motto haben wir unsere „Willkommensklasse“ gestellt.

Im Jänner 2016 erfuhren wir, dass in einer Halle der Firma Tisca/Thüringen Flüchtlingsfamilien einziehen werden. Bereits im vorigen Schuljahr bekamen wir drei Flüchtlinge, jedoch zu unterschiedlichen Zeitpunkten. Jetzt mussten wir mit mindestens 6 Kindern rechnen. Gemeinsam überlegten wir im Lehrkörper, wie wir am besten vorgehen.

Da wir nicht wussten, was die Kinder bereits durchgemacht hatten, entschieden wir uns für eine Willkommensklasse. Drei Wochen verbrachten die Flüchtlingskinder zusammen in einer Klasse. Unser Hauptaugenmerk galt dem Erlernen der deutschen Sprache. Sozialer Schwerpunkt war, dass sie sich wohl fühlen, ankommen und einen Ansprechpartner haben.

Um der Aufgabe gerecht zu werden, bereiteten wir uns intensiv und gut vor. In der ganzen Schule wurden die Räume mit Türschildern, welche keine Schriftsprache voraussetzen, versehen.

Durch meine derzeitige UK-Ausbildung (Unterstützte Kommunikation) wusste ich von Kommunikationstafeln. Diese erschienen mir eine gute Möglichkeit, sie beim Deutschunterricht einzusetzen. Ziel war es, dass die Kinder von Anfang an in ganzen Sätzen sprechen lernen.

Bärbel Stark, UK-Beauftragte (UK=Unterstützte Kommunikation) für das Land Vorarlberg, gab 5 Lehrerinnen unserer Schule die Gelegenheit, einen

Boardmakerkurs im Schulheim Mäder zu absolvieren (Boardmaker ist ein PCS-Symbolsystem für den Computer). Mit Hilfe des Boardmakers können Kommunikationstafeln, Tagespläne, ... erstellt werden. Diese waren sowohl für die Schüler und Schülerinnen, als auch für das Kollegium eine große Unterstützung. Von Anfang an lernten die Flüchtlingskinder in ganzen Sätzen zu sprechen. Mit Hilfe der Kommunikationstafeln konnten sich die Kinder schnell verständigen, sei es vom Wochenende erzählen, sich mitteilen, Bedürfnisse äußern, ...

Deutsch zu erlernen stand zwar im Vordergrund, wir nutzten aber auch die Zeit, den Lern- und Entwicklungsstand der Kinder festzustellen. Diese Informationen waren ebenso für die KlassenlehrerInnen von Wichtigkeit. Bewegung und Sport kamen nicht zu kurz, diese Stunden verbrachten die Flüchtlingskinder gemeinsam mit Schülern einer Regelklasse.

Ein geregelter und strukturierter Tagesablauf ist nicht nur für uns wichtig, sondern besonders für Kinder, die nicht wissen, was auf sie zukommt. Mittels Piktogrammen/Bildern und durch klare Wochen- und Tagesstruktur wussten die Kinder, was sie erwartet. Durch Fotos der Lehrpersonen wurde dies verstärkt. Ein besonderer Tag für die Schüler und Schülerinnen der Willkommensklasse war der Freitag. An einem solchen gingen wir auf Erkundungstour durch Ludesch: in den nahegelegenen Einkaufsmarkt, um frisches Obst



oder Gemüse zu kaufen. Dort bekamen die Kinder lebenspraktische Aufgaben, z.B. nach den geforderten Lebensmitteln zu fragen, einzukaufen und zu bezahlen. In der Schule probierten wir die eingekauften Sachen oder kochten damit etwas Leckeres. An einem anderen Freitag gingen wir in die Bäckerei. Jedes Kind durfte/musste sich ein Getränk bestellen.

Weniger ist mehr. Obwohl wir viele Spiele und Arbeitsmaterialien vorbereitet hatten, wurde uns klar, dass es in der Anfangszeit nicht viele braucht. Spiele wie „Mein rechter Stuhl ist leer“ mit Gesten oder „Nanu“ zählten zu den Favoriten der Flüchtlingskinder.

Diese drei intensiven Wochen waren sehr spannend und erlebnisreich. Obwohl es sprachliche und kulturelle Unterschiede gab und gibt, war es ein schönes

Miteinander. Seit einigen Wochen sind die Kinder nun alle einzeln in den Klassen integriert. Es ist immer noch eine sehr interessante Aufgabe, sowohl pädagogisch als auch sozial. Denn nun sollen sich die Kinder im Klassenverband integrieren und sich trauen, das Gelernte umzusetzen. Sie werden weiterhin in DAZ-Stunden unterstützt. Außerdem finden Module statt, in denen sie wieder in der Kleingruppe alltägliche Dinge lernen und sprachlich gefördert werden.

„Hallo willkommen. Bald kennt ihr euch hier bestens aus. Und jeden Mittag geht ihr vergnügt nach Haus.“ So endet der Refrain des bereits am Anfang erwähnten Liedes. Und wenn wir dies mit unseren Flüchtlingskindern erreicht haben, können wir uns glücklich schätzen, dass dieses Projekt gut gelungen ist.

BILDUNGSREISEN

In Kooperation mit der Vorarlberger FSG-Pflichtschullehrergewerkschaft und Loacker Tours haben die Freien LehrerInnen ein neues Serviceangebot ins Leben gerufen:

Bildungsfahrten für Vorarlberger PflichtschullehrerInnen

Die erste Fahrt führte letzten Mai mit dem Bus nach **Berlin**. Die voll ausgebuchte Reise wurde von Willi Witzemann geleitet. Neben der Besichtigung der verschiedenen Sehenswürdigkeiten, nahm eine Lehrergruppe an einer literarischen Radfahrt teil, andere TeilnehmerInnen besuchten das Musical „Hinterm Horizont“ mit Songs von Udo Lindenberg.

In diesen Herbstferien führt die im Juni ausgeschriebene Bildungsreise nach **Tallin und Helsinki**, wo auch eine finnische Gesamtschule besucht wird.

Die Reise ist mit 25 TeilnehmerInnen bereits ausgebucht. Auch diese Fahrt wird von Willi Witzemann begleitet.

Aufgrund dieser zwei positiven Erfahrungen werden die Freien LehrerInnen und die FSG-Pflichtschullehrergewerkschaft auch zukünftig jedes Jahr zwei Reisen planen: eine **Kurzreise** (4-5 Tage) und eine **längere Fahrt** (etwa 12 Tage).

Der Spezialpreis gilt dabei nur für Vorarlberger Pflichtschullehrpersonen, wobei Gewerkschaftsmitglieder und Freunde der Freien LehrerInnen, die ihren Mitgliedsbeitrag bezahlt haben, zukünftig nochmals eine Ermäßigung erhalten werden.

Plan für 2017: **Kubareise** bzw. eine **Radfahrt ins Südtirol**. Wir werden darüber rechtzeitig informieren. (red)





Wer sind die Hasara?

Afghanische Jugendliche in Vorarlberg

Kurt Greussing (greussing@yahoo.com)

Wer einen Blick auf die österreichische Asylstatistik¹ wirft, wird feststellen, dass in den letzten Jahren stets um die zehn Prozent der Asylsuchenden sogenannte unbegleitete Minderjährige waren. Im Jahre 2015 stieg ihre absolute Zahl - parallel zur insgesamt rapide wachsenden Zahl Asylsuchender - auf rund 9.300 (10,5 % aller 88.900 Asylwerber/innen). Im Jahr 2014 waren es noch 2.260 gewesen (8 % der Asylsuchenden). Und das Auffälligste: über die Hälfte bis zu zwei Dritteln - je nach Jahr - sind männliche Jugendliche aus Afghanistan, ganz überwiegend 14- bis 18-Jährige.

Warum kommen so viele unbegleitete Jugendliche aus Afghanistan? Und wer sind sie? Das sind Fragen, die sich nicht nur die Flüchtlingsbetreuer/innen der Caritas und anderer Trägerorganisationen stellen sollten, die mit diesen jungen Menschen zu tun haben. Auch Lehrerinnen und Lehrer haben zunehmend Jugendliche in ihren Klassen oder in Deutschkursen, die aufgrund einer ganz eigenen Geschichte zu Flüchtlingen über einen Kontinent hinweg geworden sind. Und mancher wird sich – politisch nicht superkorrekt, aber dennoch – fragen: Warum haben etliche dieser afghanischen Jungen Gesichtszüge, die man eher in der Mongolei als in Afghanistan vermuten würde?

PATCHWORK AFGHANISTAN

Afghanistan mit seinen zur Zeit etwa 30 Millionen Menschen ist ein komplexer Staat mit einer komplexen Gesellschaft: sprachlich, religiös, ethnisch, sozial. Die beiden Staatssprachen sind Persisch (in Afghanistan Dari genannt, aber nicht sehr vom Neupersischen des Iran, dem Farsi, unterschieden) und Paschto (auch Pushtu, Pashto usw. geschrieben). Sie werden von jeweils etwa 40 % der Bevölkerung gesprochen. Die beiden Sprachen sind wechselseitig nicht verständlich, wobei sie zur Gruppe der iranischen Sprachen gehören (die wiederum den indoeuropäischen Sprachen

zuzurechnen sind). Dazu kommen rund 10 % Sprecher/innen von Turksprachen, besonders Usbekisch, sowie andere kleinere Sprachgruppen.

Viele ethnische und politische Konflikte der vergangenen drei bis vier Jahrhunderte und insbesondere der vergangenen Jahrzehnte haben sich in Afghanistan entlang sprachlicher Linien entwickelt. Und entlang religiöser: Etwa vier Fünftel der insgesamt fast ausschließlich muslimischen Bevölkerung sind Sunniten, ein Fünftel Schiiten. Diese schiitischen Minderheiten befanden sich unter den durchweg sunnitischen Herrschern oft in einer äußerst bedrückenden Situation.

Das gilt besonders für die Hasara (mit Betonung auf der letzten Silbe; Schreibung meist *Hazara*). Sie machen etwa 10 % der Bevölkerung Afghanistans aus und bewohnen hauptsächlich die zentralafghanische Region Hasaradschat (*Hazarajat*) westlich von Kabul. Sie sprechen eine leicht dialektale Variante des Dari (also des Persischen), sind überwiegend schiitisch und oft physiognomisch leicht erkennbar, weil sie – so hat es die Fama, nicht nur die afghanische – von den mongolischen Krieger Dschingis Khan abstammen sollen. Eine Abkunft von zentralasiatischen Vorfahren, die in größeren zeitlichen Abständen immer wieder, kriegerisch oder friedlich, nach Afghanistan gekommen sind, ist jedenfalls wahrscheinlich.

VERLIERER DER GESCHICHTE

In den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts waren die Hasara – als Schiiten – vielfach Opfer der äußerst gewalttätigen Zentralisierungspolitik der in Kabul herrschenden Schahs, vor allem Abdur Rahman Khans zwischen 1880 und 1901. Drei große Aufstandsbewegungen der Hasara von 1888 bis 1893 scheiterten und machten die Lage nur noch schlimmer: Die aufständischen Hasara wurden zu Ungläubigen erklärt, deren Männer nach Belieben bekriegt und deren Mädchen und Frauen versklavt werden durften.



Von dieser Niederlage blieben die Hasara bis heute gezeichnet: Sie wurden (und werden oft noch heute) von der sunnitischen Mehrheit verachtet, in Städten wie

Die Hasara werden bis heute von der sunnitischen Mehrheit verachtet.

Kabul übten sie noch in der jüngeren Vergangenheit diskriminierte Gewerbe wie das Reinigen von Latrinen, den Abtransport

von Fäkalien oder das Gerben aus, und ihre Frauen galten und gelten als sittenlos und „leicht“, wobei sie in der Tat häufig in die Prostitution gedrängt waren.

Während der langjährige Krieg mit der Sowjetunion nach der Besetzung Afghanistans im Dezember 1979 das Hauptsiedlungsgebiet der Hasara weniger als andere Regionen betraf, litten sie als Schiiten besonders unter der anschließenden Herrschaft der (sunnitischen) Taliban, zumal sie diese auch militärisch bekämpft hatten. Zahlreiche Massaker der Taliban an Hasara sind dokumentiert². Während seit dem Sturz der Taliban Ende 2001 militärisch relative Ruhe herrschte, sind Hasara immer wieder Opfer gezielter Anschläge geworden.

FLUCHTBRÜCKEN NACH EUROPA

Dass gerade Hasara angesichts des geplanten Abzugs der westlichen Allianz aus Afghanistan ein Wiedererstarken oder gar eine Machtübernahme der Taliban fürchten, kann nicht überraschen. Wer es sich leisten kann, hat deshalb derzeit allen Grund, rechtzeitig zu gehen. Dass Afghanistan unter diesen Vorzeichen von den EU-Staaten de facto zu einem sicheren Drittland für Asylsuchende erklärt wird, ist blanker Zynismus – oder erschreckende Ahnungs- und Hilflosigkeit.



Der Nachbarstaat Iran ist besonders für schiitische Afghanen zu einem Hauptzufluchtsland geworden. Doch Afghanen sind dort zu illegalen Beschäftigungen gezwungen, wenn sie sich über Wasser halten wollen. Eine Bleibeperspektive haben sie nicht. Also gilt auch

für afghanische Flüchtlinge im formell sicheren Drittland Iran: weiter nach Europa – wo nun aber die Grenzen für Afghanen dichtgemacht werden.

Dass (Groß-)Familien ihre männlichen Minderjährigen losschicken in der Hoffnung, auf diese Weise eine Brücke von Vorwanderern nach Europa schlagen zu können, hat sich in Afghanistan zu einem eigenen Flucht- und Migrationsmuster mit einer offenbar fest etablierten Infrastruktur von Helfern und Zwischenstationen entwickelt. 2015 waren Zehntausende dieser Jugendlichen unterwegs.

Fast 600 afghanische Jugendliche im Alter von 10 bis zu 20 Jahren sind inzwischen auch nach Vorarlberg gekommen (Stand 30. Juni 2016) – viele, vielleicht

Fast 600 afghanische Jugendliche im Alter von 10 bis 20 Jahren sind inzwischen in Vorarlberg.

die meisten von ihnen Hasara. Auf ihnen allen lastet der Druck der Erwartungen der Zurückgebliebenen, die diese Fluchtmigration finanziert haben. Wer als Lehrerin oder Lehrer diese Jungen in einer Klasse oder in einem Kurs hat, darf sie ruhig und vorsichtig fragen: *To hasará hastí?* – Bist du Hasara? Und wenn sie mit Ja antworten, dann tragen sie eine Geschichte mit sich, die der oder die Fragende sehr ernst nehmen sollte.

¹www.bmi.gv.at/cms/BMI_Asylwesen/statistik/start.aspx

²detaillierter Überblick auf https://en.wikipedia.org/wiki/Persecution_of_Hazara_people

LESEHINWEISE

Rolf Bindemann:

Religion und Politik bei den schiitischen Hazara in Afghanistan, Iran und Pakistan. Berlin 1987.

Diese ausgezeichnete Studie, quasi der „Klassiker“ der deutschsprachigen Literatur zu den Hasara, ist noch antiquarisch erhältlich via www.abebooks.com oder www.zvab.com.

N. Ibrahimi: Shift and Drift in Hazara Ethnic Consciousness. The Impact of Conflict and Migration. Bonn 2012.

Aktueller Überblick zur Geschichte und zu den neueren politischen Konflikten innerhalb der Volksgruppe. Als PDF im Internet.

Khaled Hosseini: Drachenläufer.

Roman, Berlin 2008.

Literatur vermag oft mehr und eindrücklicher zu erzählen als so manche gelehrte wissenschaftliche Abhandlung. Der Erfolgsroman des afghanischstämmigen Autors hat die Augen der Welt für die Hasara geöffnet.








VERHALTENSNOTEN

(§18 LBVO, §43 SCHUG)

SCHUG §43 (1): Die Schüler sind verpflichtet, durch ihre Mitarbeit und ihre Einordnung in die Gemeinschaft der Klasse und der Schule an der Erfüllung der Aufgabe der österreichischen Schule (§ 2 des SCHOG) mitzuwirken und die Unterrichtsarbeit (§ 17) zu fördern. Sie haben den Unterricht regelmäßig und pünktlich zu besuchen, die erforderlichen Unterrichtsmittel mitzubringen und die Schul- bzw. Hausordnung einzuhalten.

Wichtig:





-  Eine Beurteilung des Verhaltens in der Schule hat in den allgemeinbildenden Pflichtschulen in der **Schulnachricht und im Jahreszeugnis** zu erfolgen.
-  Verhaltensnoten nur in **der 5. bis 7. Schulstufe**
-  **Keine Verhaltensnote** in der letzten Stufe einer Schulart und wenn der Schüler/die Schülerin bei Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht die Schule verlässt.
-  **Beschluss der Klassenkonferenz** auf Antrag des Klassenvorstandes ist notwendig.
-  **Beurteilungstufen:**
 - Sehr zufriedenstellend
 - Zufriedenstellend
 - Wenig zufriedenstellend
 - Nicht zufriedenstellend

Achtung





Auch beim Verhalten gilt das Frühinformationssystem: „Wenn das Verhalten eines Schülers auffällig ist, wenn der Schüler seine Pflichten gemäß § 43 Abs. 1 in schwer wiegender Weise nicht erfüllt oder wenn es die Erziehungssituation sonst erfordert, ist dies den Erziehungsberechtigten unverzüglich mitzuteilen und dem Schüler sowie den Erziehungsberechtigten vom Klassenvorstand oder vom unterrichtenden Lehrer im Sinne des § 48 Gelegenheit zu einem beratenden Gespräch zu geben (Frühinformationssystem). Dabei sind insbesondere Fördermaßnahmen zur Verbesserung der Verhaltenssituation (z.B. individuelles Förderkonzept, Ursachenklärung und Hilfestellung durch die Schulpsychologie, Bildungsberatung und den schulärztlichen Dienst) zu erarbeiten und zu beraten.“



Des Weiteren muss Folgendes berücksichtigt werden:

-  Die Verhaltensnote beurteilt das **persönliche Verhalten** und die **Einordnung** des Schülers/der Schülerin **in die Klassengemeinschaft** gemäß den Anforderungen der Schulordnung und die zu beurteilenden **Schülerpflichten** laut § 43 des Schulunterrichtsgesetzes.
-  Die Beurteilung dient auch der **Selbstkontrolle** und **Selbstkritik** des Schülers/der Schülerin.
-  Bei der Verhaltensnote sind die **Anlagen** des Schülers/der Schülerin, das **Alter** und das **Bemühen** um ein ordnungsgemäßes Verhalten zu berücksichtigen. Je älter der Schüler/die Schülerin ist, desto eher kann man entsprechendes Verhalten erwarten.
-  „**Sehr zufriedenstellend**“ ist die Norm, die darunterliegenden Beurteilungstufen stellen Abweichungen dar.

Vorgangsweise bei der Festsetzung von Verhaltensnoten

-  Lehrer/Lehrerinnen, die **einen Schüler/eine Schülerin unterrichten**, bringen ihren Notenvorschlag ein; nur diese sind im Rahmen der Klassenkonferenz auch stimmberechtigt.
-  Andere Lehrer/Lehrerinnen (Gangaufsicht, Schulveranstaltung, ...) bringen ihren **Vorschlag** über den Klassenvorstand ein.
-  **Klassenkonferenzbeschluss:** Bei Klassenkonferenzen gilt der Mehrheitsbeschluss, nachdem die Begründungen und Anträge der einzelnen Lehrer/Lehrerinnen zu Gehör gebracht wurden. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Klassenvorstand.
-  „**Wenig zufriedenstellend**“ und „**Nicht zufriedenstellend**“ werden nach Diskussion mit Begründung **protokolliert**.

Für weitere Informationen:

Armin Roßbacher:	0664/62 55 819	armin.rossbacher@vorarlberg.at
Gerhard Unterkofler:	0664/ 73 71 97 92	unterkofler.gerhard@aon. at
Willi Witzemann:	0699/10 62 65 34	witzewilli@hotmail.com

Sie fragen, wir antworten.

UNTERRICHTSBESUCH BEI RELIGIONSLEHRERINNEN



Ich bin Leiterin und wollte einen Unterrichtsbesuch bei den ReligionslehrerInnen machen. Habe ich dazu überhaupt das Recht?



Aber natürlich. Das gehört sogar zu den Dienstpflichten eines Leiters/einer Leiterin. Laut LDG § 32: „Der Leiter hat darauf zu achten, dass alle an der Schule tätigen LehrerInnen ihre dienstlichen Aufgaben gesetzmäßig und in zweckmäßiger, wirtschaftlicher und sparsamer Weise erfüllen.“ Und das gilt natürlich auch für ReligionslehrerInnen, egal welcher Konfession.

NACHHOLEN VON VERSÄUMTEM UNTERRICHT



Ich habe mich für eine Fortbildungsveranstaltung mit Zustimmung des Direktors angemeldet und bewilligt bekommen. Da ich am Mittwochnachmittag aber Unterricht hätte, wird von mir nun verlangt, dass ich diesen versäumten Unterricht an einem anderen Nachmittag nachhole? Ist das gesetzlich überhaupt so vorgesehen?



Die Antwort ist ganz einfach: Nein!
Das LDG sieht keine Gegenrechnungen vor. Bei einer genehmigten Fortbildung handelt es sich um eine Dienstfreistellung, die entfallenen Stunden müssen von der betreffenden Person nicht nachgeholt werden. Das betrifft alle Stunden: Pflicht- und Freigegegenstände, Unverbindliche Übungen und so weiter.

VERPFLICHTUNG, ILZ-STUNDEN ZU HALTEN?



Ich bin Lehrerin im neuen Dienstrecht. Muss oder darf ich geringer bezahlte ILZ-Stunden halten?



Letztes Schuljahr hat Vorarlberg um einen Sonderregelung angesucht und diese auch erhalten. Damit konnten LehrerInnen im neuen Dienstrecht, wenn sie dies freiwillig wollten, auch geringer bezahlte Stunden halten. Diese Sonderregelung gibt es für das Schuljahr 2016/17 nicht mehr. Das heißt, in diesem Schuljahr dürfen LehrerInnen im neuen Dienstrecht nicht mehr für geringer bezahlte Unterrichtsstunden eingesetzt werden, auch dann nicht, wenn sie damit einverstanden wären.



(Nicht nur) Erfreuliches

Armin Roßbacher (armin.rossbacher@gmx.at)

PENSIONISTINNEN AKTIV

Gegen Ende des letzten Schuljahres fand die sogenannte PensionistInnenverabschiedung statt, ca. 90 KollegInnen traten in den Ruhestand. Für mich als Personalvertreter ist dieser Anlass immer Gelegenheit, Gespräche mit mir bekannten und auch nicht bekannten LehrerInnen zu führen. Die Vorfreude auf die Pension ist meistens groß, der Rückblick auf die Berufslaufbahn fällt überwiegend positiv aus, immer wieder ist allerdings auch zu hören, dass unser Beruf deutlich schwieriger geworden sei.

Was mir diesmal besonders aufgefallen ist: Viele ehemalige LehrerInnen bleiben ihrer Profession verbunden, vor allem durch die Arbeit mit Flüchtlingen. Sprachförderung findet in vielen Gemeinden statt, viele Menschen sind mit großem Elan dabei und leisten oft unbemerkt einen wichtigen Beitrag bei einer großen Herausforderung: der schwierigen Integration der Neankömmlinge in unserem Land.

GENÜGEND LEHRERINNEN?

Vor der Zulassung zu einem Lehramtsstudium muss jetzt ein neues Aufnahmeverfahren durchlaufen werden, „bei dem die Eignung für das Studium und für die spätere Berufstätigkeit als LehrerIn festgelegt wird“. Neben der online-Absolvierung eines „Selbsterkundungsverfahrens“ gibt es einen dreistündigen computergestützten Persönlichkeitstest. Drei Stunden Fragen am Computer beantworten – das war’s dann.

Drei Stunden Fragen am Computer beantworten – das war’s dann

Ein Beispiel aus der Praxis:

Eine junge Frau, mir persönlich bekannt, hat seit längerer Zeit einen fixen Berufswunsch: Sie möchte Lehrerin für die Sekundarstufe werden. Nach bestandener Matura leistet sie ein freiwilliges soziales Jahr und wird in der SchülerInnenbetreuung eingesetzt. Ein Jahr lang arbeitet sie mit Freude, findet Kontakt zu den SchülerInnen und wird von diesen auch respektiert. Gegen Ende des Schuljahres absolviert sie besagten Test in Feldkirch – und scheitert.

Ob mit diesem Prozedere tatsächlich die geeignetsten KandidatInnen für den Lehrberuf gefunden werden, darf bezweifelt werden.

Natürlich ist die Enttäuschung groß, Fragen nach dem Warum stellen sich, Recherchen betreffend Ergebnisse des Tests sind mühsam, ein weiterer Versuch ist erst nach einem Jahr möglich.

Nachfragen im Ministerium haben ergeben, dass sich die Verantwortlichen bei der Neukonzeption des Tests an Finnland orientiert haben. Das erscheint nur schwer vorstellbar: Bei meinem Besuch in Finnland vor einigen Jahren wurde immer wieder betont, dass dem persönlichen Gespräch zwischen PrüferInnen und zukünftigen LehrerInnen große Bedeutung zugemessen wird und der Verlauf dieses Gesprächs nicht selten eine ausschlaggebende Rolle spielt.

Vergleich mit Österreich: Keine Sekunde persönliche Kontaktaufnahme (wahrscheinlich wieder einmal aus Kostengründen), anscheinend kein Interesse am biografischen Hintergrund, Rückzug auf erreichte oder eben nicht erreichte Punkte.

Für die junge Frau heißt es jetzt, mit der Enttäuschung umzugehen, für die Zukunft der LehrerInnenbildung in Österreich bleibt ein schales Gefühl bestehen – schon wieder wurde eine Chance nicht genutzt.

SUPERVISION – WARUM SCHON WIEDER?

Manche KollegInnen werden sich diese Frage stellen, ich möchte dennoch einige Fakten aufzählen, die sehr wohl dafür sprechen, dieses Thema nochmals genauer zu beleuchten. Unsere Arbeitsmedizinerin, Dr. Frau Barbara Rehberger, hat gegen Ende des letzten Schuljahres einige sehr interessante Fakten präsentiert:

Seit Beginn der bezahlten Supervision für LehrerInnen haben sich die Anträge verdreifacht – ein deutliches Zeichen, dass auch der Bedarf gegeben ist. Vor allem junge KollegInnen nützen vermehrt dieses Angebot und berichten auch von belastenden Situationen: starke Umbrüche im Schulbereich (Beispiel SQA), wenig Unterstützung vom LehrerInnenteam (große Verantwortung für LeiterInnen!), fehlende Strategien beim Konfliktmanagement (unwillige SchülerInnen, Kommunikationsprobleme mit kooperationsunwilligen Eltern, Überforderung bei gewaltbereiten Kindern, ...).

Laut Frau Dr. Rehberger haben sich im vergangenen Schuljahr fast nur VS-LehrerInnen an sie gewandt.



JunglehrerInnen werden im Regen stehen gelassen

Mag. Peter Fischer (peter.fischer@vol.at)

Seit einigen Jahren werden alle PflichtschullehrerInnen, die gerade die PH absolviert haben, zu einer begleitenden Berufseinstiegsphase „zwangsverpflichtet“. Sie dauert 3 Semester und muss berufsbegleitend gemacht werden. WALK ist die Abkürzung für „Wege zur allgemeinen LehrerInnenkompetenz“. Die ursprüngliche Idee war, dass sich die JunglehrerInnen in ihrem ersten Dienstjahr regelmäßig treffen und sich in Begleitung einer Supervisorin bzw. –visors austauschen können, ihre Sorgen und Nöte artikulieren und entsprechend kompetent beraten werden. Denn gerade in der Berufseinstiegsphase ist man als Lehrperson mit so vielen neuen, zum Großteil unvorhersehbaren Situationen konfrontiert, dass es nach meiner Einschätzung und Erfahrung unbedingt eine Art „Auffangnetz“ braucht. Dazu wurde auch ein entsprechendes, sehr brauchbares Curriculum entwickelt.

sprünglich intendiert war, nämlich der regelmäßige Austausch untereinander und die professionelle Beratung und Begleitung, werde nur ein Bruchteil angeboten. Nach mehrmaligem Nachfragen im Institut für Fort- und Weiterbildung an der PHV wurde mir erklärt, dass dafür der Landesschulrat zuständig sei, weil das nicht mehr in die Zuständigkeit der PH als Ausbildungsinstitution falle. Trotzdem fühle ich mich meinen ehemaligen StudentInnen verpflichtet und möchte, dass sie das Gelernte in der Praxis bestmöglich umsetzen können und nicht mit ihren Fragen und Nöten alleine auf sich gestellt sein müssen.

Außerdem ist in allen Sozialberufen Supervision vorgesehen, wenn nicht sogar vorgeschrieben. Warum bei diesem psychisch doch sehr anspruchsvollen Beruf LehrerIn gerade in der Anfangsphase nicht? Zudem gäbe es genug erfolgreiche Modelle im Ausland, an denen man sich orientieren könnte.

VERANTWORTUNG DER AUFSICHTSBEHÖRDE UND DER SCHULLEITUNGEN

Wer kontrolliert die Aufsichtsbehörde und die Schulleitungen? Ich habe den starken Verdacht, dass beim Thema Berufseinstiegsphase seitens der Schulaufsicht entweder grob fahrlässig weggeschaut wird oder man sich der Problematik zu wenig bewusst ist. Diesen Verdacht habe ich vielfach auch bei den Schulleitungen, natürlich gibt es positive Ausnahmen. Aber wie kommt es, dass JunglehrerInnen im ersten Dienstjahr 3, 4 und noch mehr Fächer unterrichten müssen, die sie nicht studiert haben? Oder es sogar vorkommt, dass sie keines der gelernten Fächer unterrichten können? Und das auch noch in Brennpunktschulen! Es galt und gilt für mich das System Zufall: Je nachdem, welcher Schule man zugeteilt wird, nimmt sich jemand der JunglehrerIn an und gibt ihr/m „überlebensnotwendige“ Tipps. Leider werden sie häufig nicht nur allein gelassen, sondern sie bekommen womöglich unangenehme Klassen oder ungeliebte Jobs, die die älteren KollegInnen gerne abgeben – meist mit dem Hinweis, dass sie noch jung und energiegeladen seien. Das finde ich zynisch, unverantwortlich und mit ein Grund, warum gerade im Lehrberuf so viele Burn-

„JunglehrerInnen bekommen womöglich ungeliebte Klassen!“



WALK – BIS ZUR UNKENNTLICHKEIT ENTSTELLT

Mit der verpflichtenden Einführung wurde dieses ursprüngliche WALK-Curriculum meiner Meinung nach bis zur Unkenntlichkeit entstellt. Wie mir von vielen JunglehrerInnen seit Jahren berichtet wird, sitzen sie

„Den größten Teil der WALK-Veranstaltungen sinnlos absitzen.“

den größten Teil der WALK-Veranstaltungen sinnlos ab, müssen sich Themenvorträge anhören, die sie zum Teil schon während des Studiums gehört haben bzw. werden Themen behandelt, die für sie gerade in dieser schwierigen Anfangssituation irrelevant sind. Von dem, was ur-

den größten Teil der WALK-Veranstaltungen sinnlos ab, müssen sich Themenvorträge anhören, die sie zum Teil schon während

out haben. Zudem wird schon in einem frühen Stadium bei vielen die Anfangseuphorie und die Liebe zum Beruf stark beeinträchtigt.

„VERGISS DIE AUSBILDUNG AN DER PH!“

Häufig kommen aber gerade von arrivierten KollegInnen Hinweise, wie „Vergiss die Ausbildung an der PH, wir in der Praxis wissen, wie es geht!“. Wie mir Studierende auch nach der Schulpraxis während der Ausbildung immer wieder berichten, bekommen sie diese „Ratschläge“, die mich wütend machen. In den 27 Jahren, die ich am Gymnasium unterrichtet habe, habe ich kein einziges Mal von älteren KollegInnen solche Vorwürfe bzgl. einer Universität gehört. Dass

solche „Empfehlungen“ nicht sehr motivierend für die PH-Studierenden und die JunglehrerInnen sind, ist nachvollziehbar. Sie sind auch nicht sehr förderlich für das Renommee der PH und tragen ganz bestimmt zur Verunsicherung vieler Studierenden bei. Auch wenn durchaus Kritik an der Ausbildung geübt werden kann, ich nehme mich da nicht aus, so sind für mich solche pauschalen, diskriminierenden Äußerungen einfach letzklassig. Leider kommen sie eher von KollegInnen, die nicht gerade durch innovative und nachhaltige Lehrmethoden glänzen! Wie sollen sich die SchülerInnenleistungen, die in Vorarlberg ohnehin nicht die besten sind, verbessern, wenn solche dilettantischen und misanthropischen Äußerungen an der Tagesordnung sind. Zudem tragen sie auch nicht zur Imageverbesserung unseres Berufsstandes bei!

JUNGLEHRERINNEN MIT SONDERVERTRÄGEN

Über 20 LehramtsstudentInnen, die an der PH Vorarlberg im letzten Ausbildungsjahr waren, mussten während den Sommerferien auf eine Entscheidung des Unterrichtsministeriums und des Bundeskanzleramtes warten, ob sie einen Sondervertrag zum Unterrichten im besser bezahlten neuen Dienstrecht erhalten würden. Grund: fehlende Prüfungen oder fehlende positive Beurteilung der Bachelorarbeit.

Ohne diesen Sondervertrag hätten diese KollegInnen nur eingestellt werden dürfen, wenn sie sich für das schlechter bezahlte alte Dienstrecht entschieden hätten. Viele von ihnen wären dann so lange nicht in den Schuldienst eingetreten, bis sie ihr Lehramt vollständig gehabt hätten. Da aber Vorarlberg dringend Lehrkräfte für die Aufrechterhaltung des Unterrichts benötigt, hat auch die Pflichtschullehrergewerkschaft Gespräche mit dem Bildungsministerium und dem Bundeskanzleramt geführt.

Mit Unterstützung von MMag. Dr. Thomas Bulant, Vorsitzender der FSG-PflichtschullehrergewerkschafterInnen in Wien, konnten das Bildungsministerium und das Bundeskanzleramt von der Dringlichkeit solcher Sonderverträge überzeugt werden.

Bis zum vollständigen Abschluss erhalten diese KollegInnen nun 85 % des Grundbezuges im Entlohnungsschema „pd“. Der Sondervertrag gilt einmalig befristet für die Dauer des Schuljahres 2016/17. Diese KollegInnen müssen allerdings im kommenden Schuljahr ihre Prüfungen bzw. die fehlende Bachelorarbeit nachholen. Eine Verlängerung des Sondervertrages um ein weiteres Jahr gibt es nicht. Das heißt: Wer bis Ende August 2017 das Lehramt nicht abgeschlossen hat, wird erst wieder angestellt, wenn alle Arbeiten positiv erledigt sind. (gun)



Rotes Minus durch schwarzes Nein

Irrwege sozialdemokratischer Schulreformen
aufgrund von bildungspolitischer Blockaden der ÖVP

MMag. Dr. Thomas Bulant (Vorsitzender Stv. der österr. Pflichtschullehrergewerkschaft und Vorsitzender des SLÖ)

Große Ziele. Den nachfolgenden Generationen soll es einst besser gehen. Jedes Kind ist uns gleich viel wert. Jeder Jugendliche soll gleichwertige Chancen vorfinden. Niemand soll zurückgelassen werden. Hervorragend vorbereiteter Unterricht, beherrzte Beziehungsarbeit und pädagogisches Engagement haben wir an unseren Lehrerinnen und Lehrern immer geschätzt. Wo sie an die Grenzen des Machbaren gestoßen sind, haben wir uns auch nicht geschämt, organisatorische Veränderungen zu fordern. Eine gemeinsame Schule, eine Langform Pflichtschulzeit. Eine Ganztageschule, ein pädagogisches Programm anstelle einer Kindergarderobe. Die SPÖ war stets eine Bildungsbewegung, die Visionen hatte.

„Jahrzehnte in einer Koalition mit reaktionären Standesdünklern, die sich nobel Bildungsbürger nennen, brachten den Kurs des roten Bildungsdampfers ins Schlingern.“

Jahrzehnte in einer Koalition mit reaktionären Standesdünklern, die sich nobel Bildungsbürger nennen, brachten den Kurs des roten Bildungsdampfers ins Schlingern. Aus der gemeinsamen Schule wurde eine Neue Mittelschule, die die bei

Eltern anerkannte differenzierte Hauptschule am Land ablöste und in den Ballungsräumen ein neues Kapitel des Kampfes Restschule gegen AHS eröffnete. Neue Mittelschulen in der Nachbarschaft von Gymnasien können einen pädagogischen Kopfstand nach dem anderen machen. Die meisten Eltern sind der Meinung, dass ihr Kind dort nur verlieren kann. Schüler wird man an einer NMS nicht selbstbestimmt, sondern aussortiert. In die laut ÖVP Wien beste Schulform dürfen sie eben nicht gehen. Ihre sozialen Probleme und ihre Benachteiligungen dürfen sie hingegen in ihrem Rucksack in die Neuen Mittelschulen mitnehmen. Rote Bildungsministerinnen beharren darauf, dass die ersten Schritte in Richtung Otto Glöckel getan sind, auch wenn demnächst die „neue NMS“ nur in 15 % Modellregionen ausprobiert werden darf. Wir ringen im heurigen Schuljahr, Flüchtlingsklassen zu verhindern, lassen jedoch seit Jahren homogene Schülergruppen aus Globalisierungsverlierern und Bildungsfernen zu.

In der Diskussion um die verschränkte Form der Ganztageschule hat man schon vor 20 Jahren aufgegeben und das ÖVP-Modell, die Offenen Schulen, zugelas-

sen. Selbst aus SPÖ-Hirnen ist der dazu gebräuchliche Begriff „Nachmittagsbetreuung“ fast nicht auszurollen. Die schlechteste Form der Ganztageschule - Unterricht plus Mittagessen plus Lernen plus wieder Unterricht – sei besser, als wenn die Kinder unbeaufsichtigt zu Hause oder auf der Straße herumlungern. Ein soziales Freizeitprogramm – ok. Ein pädagogisches Programm, um Lernerfolge zu optimieren – nein. Mit dem vor wenigen Jahren gestarteten Ausbau der ganztägigen Formen wurde der Irrweg nochmals bestätigt. Anstatt nur mehr verschränkte Ganztagesformen, und diese dann vielleicht ohne Betreuungsbeiträge, zu unterstützen, wird in der Zwischenzeit jeder Raum mit warmer Küche beim Wirt nebenan oder im Pfarrhaus finanziert. Ein Auszug aus dem Österreichbild.

Konsumgesellschaft, Migration, Kriegsflüchtlinge, Smartphone-Generation in der Halbtagesklasse unter dem Anschein einer homogenen Leistungsproduktion. Die Schulorganisation aus dem Jahre 1962 kann die Pädagogik heute nicht mehr unterstützen.

Das müssen wir jenen, die meinen, dass allein

die Inhalte zählen, immer und immer wieder vorhalten. Vorsicht ist walten zu lassen, dass wir nicht das, von dem wir überzeugt sind, selbst in Frage stellen, damit wir den anderen gefällig wirken. Die Sozialdemokratie hat die Schule von alten Zöpfen befreit und liberalisiert, die Lehrerinnen und Lehrer haben sie im Sinne der Sozialdemokratie kinderfreundlicher und lebenswerter gestaltet. Die SPÖ ist jedoch an den großen organisatorischen Reformen gescheitert. Die Grundkonzeption und Intention von gemeinsamer Schule und Ganztageschule werden durch Irrwege verfremdet. Wir fordern sie an den Feiertagen der Arbeiterbewegung ein, der ÖVP stellen wir jedoch nie, wie sie uns bei anderen Themen, die Rute ins Fenster. Stattdessen verlieren wir uns in pädagogischen Schrebergärten, die es dem politischen Gegner erlauben, uns in der Oberflächlichkeit unserer Mediengesellschaft vorzuführen. Warum starten wir eine Diskussion über die Abschaffung der Klassenwiederholung, obwohl dies für fast 100% der SchülerInnen der Volksschule kein Thema ist? Warum bedrängen wir in missionarischem Eifer unsere Lehrkräfte, kompetenzorientiert zu unterrichten, obwohl die Unter-

„Die Schulorganisation aus dem Jahre 1962 kann die Pädagogik heute nicht mehr unterstützen.“

richtswissenschaft in Deutschland und in den USA schon längst wieder den Weg eingeschlagen hat, den Menschen im Unterricht seine Begeisterungsfähigkeit und Beziehungsarbeit ins Zentrum zu stellen? Warum glauben Sozialdemokraten, dass eine Inklusion von Kindern mit besonderen Bedürfnissen ohne den notwendigen Support und die Ressourcen funktionieren muss, wenn das Schulsystem die Kinder mit 10 Jahren weiterhin segregiert und wir infolge dessen bei der Häufung sozialer und erzieherischer Probleme bereits an unsere Grenzen stoßen?

Seit Jahrzehnten die Lösung für unser Bildungssystem zu wissen und diese der Koalitionsräson zu opfern, grenzt nicht nur an Selbstaufgabe einer Bildungsbewegung, sondern haarscharf an einem Skandal. Die Kinder der bildungsfernen Schichten und unsere Volkswirtschaft der Zukunft haben ihn zu bezahlen. Der Kollateralschaden, dass sozialdemokratische Lehrervereine und Gewerkschaften im Schönreden der Bildungspolitik Übung haben, ist dabei schon nebensächlich.

KOMMENTAR ZU PÄDAGOGISCHEM ARGUMENTARIUM ZU NMS-RELEVANTEN THEMEN MMag. Dr. Thomas Bulant

Großen Unmut hat die Aussendung des Landesschulrates Vorarlberg zum Thema „Argumentarium zur NMS-relevanten Themen“ geführt. MMag. Dr. Thomas Bulant, Vorsitzender Stellvertreter der GÖD/APS hat dazu einen kurzen Kommentar verfasst:

„Das vorliegende Argumentarium ist keine Verordnung, kein Erlass, keine Dienstanweisung. Diese Informationsschrift erläutert die gesetzlichen Grundlagen der Leistungsbeurteilung und die Formen der Differenzierung in der Neuen Mittelschule. Wer es als Weisung einsetzt, um „den Widerstand“ derer zu brechen, die ihre „persönliche Komfortzone“ (S. 2) nicht verlassen wollen, hat die grundlegende Voraussetzung einer Schulreform nicht verstanden: Über Erfolg oder Misserfolg entscheiden Motivation, Ausbildungsstand und Engagement der LehrerInnen. Wer der Neuen Mittelschule

daher einen guten Dienst leisten möchte, sollte die PädagogInnen transparent und ehrlich über das Ist, das Soll und die Grenzen der Neuen Mittelschule informieren.

Das Argumentarium definiert die Lehr- und Methodenfreiheit der LehrerInnen mehr als gesetzlichen Handlungsauftrag im Sinne der Wissenschaft als eine didaktisch-methodische Wahlfreiheit für die pädagogisch Tätigen. Wenn das Zentrum für lernende Schulen in dieser Interpretation auf § 17 (1) SchUG über das Zitat „dem Stand der Wissenschaft entsprechend“ die Methodenfreiheit in Frage stellt, ist diesem vertiefend entgegen zu halten, dass in derselben Gesetzesstelle auch die „Berücksichtigung der Entwicklung der Schüler“ gefordert wird - und für die dafür zugrundeliegende Beziehungsarbeit sind noch immer die LehrerInnen die ExpertInnen vor Ort. Das BMBF hat sich in diesem

Sinne erst neulich in seinen Erläuterungen zum Schulrechtspaket Frühjahr 2016 für die Methodenfreiheit ausgesprochen.

Auf die verbittert geführte Diskussion über die 4.0 Skala kann verzichtet werden. Sie ist ein Werkzeug, mit dem Lernfortschritte in einem Kompetenzbereich gemessen werden können. Werkzeuge sind austauschbar, gesetzliche Vorgaben wie die zu den pädagogischen Fördermaßnahmen in der NMS gemäß § 31a, Abs. 2 SchUG nicht. Das Officialprinzip hat anstelle des Opportunitätsprinzips zu gelten – und zwar für alle! Nicht was wissenschaftstheoretisch, pädagogisch oder bildungspolitisch gerade von Vorteil ist, hat umgesetzt zu werden, sondern das Schulunterrichtsgesetz, die Leistungsbeurteilungsverordnung und die darauf aufbauenden Richtlinien des zuständigen Ministeriums.“

Mehr Ressourcen für die Volksschule

Forderung nach einem Zweilehrersystem in der Grundstufe I

POSITIONEN DER FREIEN LEHRERINNEN

„Die nicht gerade berauschenden Ergebnisse der Überprüfung der Bildungsstandards in Deutsch zeigen einmal mehr, dass in unserem Schulsystem noch viel zu verbessern ist. Unsere Lehrer stoßen allerdings an ihre Grenzen!“, meint Armin Roßbacher, Vorsitzender der Personalvertretung der Pflichtschullehrer. Schule ist laut Roßbacher heute nicht nur Bildungsstätte, sondern immer mehr auch Integrationsort und Familienersatz.

„An guten Initiativen zur Leseerziehung und am Engagement der Lehrer hat es nicht gefehlt.“

„An guten Initiativen zur Leseerziehung und am Engagement der LehrerInnen hat es nicht gefehlt“, erklärt der Vorsitzende der

Pflichtschullehrergewerkschaft, Gerhard Unterkofler. „Wir müssen aber auch zur Kenntnis nehmen, dass Vorarlberg nach Wien die meisten Kinder mit nichtdeutscher Erstsprache hat. Außerdem zeigen Kinder aus Migrantenfamilien und sozial benachteiligten Familien bedeutend schlechtere Leistungen. Das muss berücksichtigt werden und dort muss auch dringend angesetzt werden.“

Aus all diesen Gründen hatten PersonalvertreterInnen der Freien LehrerInnen und Vertreter der FSG-Pflichtschullehrergewerkschafter im Frühjahr eine Unterschriftenaktion im Ländle ins Leben gerufen.

Ziel: Zwei-Lehrer-System in der Volksschule für die Grundstufe I

Ergebnis: knapp 1700 Unterschriften

„Mit einem Zweilehrersystem wäre es möglich, die Kinder gleich zu Beginn bedarfsgerecht und individuell zu fördern, temporäre Fördergruppen zu bilden oder auch Einzelförderung zu machen“, erläutert Unterkofler. Wie bei der Aktion „Rettet die Volksschule“ vor einigen Jahren solle auch dieses Mal mit den gesammelten Unterschriften Druck auf die Politik ausgeübt werden.

UNTERSTÜTZUNG VON DER PFLICHTSCHULLEHRERGEWERKSCHAFT

Die Vorarlberger Pflichtschullehrergewerkschaft kennt das Problem und forderte auf ihrem Landtag im

Februar, dass neben dem Zweilehrersystem in der Volksschule auch ein schnellerer Ausbau der Ganztagesbetreuung und mehr Ressourcen für Schulen mit besonderen Herausforderungen verwirklicht werden muss.

Auch die Bundesvertretung der Pflichtschullehrergewerkschaft in der GÖD hat beim Bundestag 2016 in Wien diese drei Anträge aus Vorarlberg einstimmig angenommen.

„Momentan ist ein günstiger Zeitpunkt“, erklärt Lehrgewerkschafter Unterkofler. „Die Finanzausgleichsverhandlungen sind im Gange. Das Land Vorarlberg hat den Volksschulen aufgrund der Aktion ‚Rettet die Volksschule‘ bereits zusätzliche Ressourcen aus eigenen Mitteln gegeben. Jetzt muss Landeshauptmann Markus Wallner Finanzminister Hans Jörg Schelling in die Pflicht zu nehmen.“

BRIEF AN WALLNER UND SCHELLING

Die laufenden Finanzausgleichsverhandlungen nahmen der SLÖ-Vorsitzender MMag. Dr. Thomas Bulant sowie der SLV-Vorsitzende Willi Schneider und Lehrgewerkschafter Gerhard Unterkofler zum Anlass, in einem Brief Finanzminister Schelling und Landeshauptmann Wallner aufzufordern, beim neuen Finanzausgleich die zusätzlichen Mittel für eine bedarfsgerechte Ressourcenvergabe und für das Zweilehrersystem in der Volksschule vorzusehen.

Weiters heißt es im Brief: „Investitionen in die Bildung stärken die Leistungsfähigkeit und die sozialen Standards unseres Staates. Wer für morgen Spitalsbetten, Vollbeschäftigung

und einen sozialen Wohnbau sichern will, muss heute mehr in die Bildung unserer Kinder investieren. Jedes Kind hat ein Anrecht auf seine individuelle Förderung, denn jedes Kind trägt die Zukunft unseres Landes in sich. Geben Sie unseren LehrerInnen die Chance, erfolgreiche BrückenbauerInnen in die Zukunft zu sein!“

„Investitionen in die Bildung stärken die Leistungsfähigkeit und die sozialen Standards unseres Staates.“

Lehrgewerkschafter Unterkofler: „Landeshauptmann Wallner wird aufgefordert, bei den Verhandlungen zum Finanzausgleich diese Forderungen mit Nachdruck zu vertreten und dabei generell dem The-

ma Bildung Priorität einzuräumen, damit die Schule auch morgen die vielfältigen Herausforderungen bewältigen kann.“

ARBEITSGESPRÄCH MIT BM HAMMERSCHMID

Den Vorarlbergbesuch von Bildungsministerin Sonja Hammerschmid (SPÖ) im Juli nutzte auch die FSG-Pflichtschullehrergewerkschaft zu einer Diskussion ihrer wichtigsten Anliegen. Im Rahmen eines Arbeitsgespräches brachte die stellvertretende Gewerkschaftsvorsitzende Angelika Baur der Ministerin die Forderung der PersonalvertreterInnen und LehrgewerkschafterInnen der Mehrheitsfraktion „Freie LehrerInnen“ nach einem Zwei-Lehrer-System näher. „Wir sind der festen Überzeugung, dass ein Zweilehrersystem vor allem SchülerInnen mit Sprachdefiziten zugute kommen würde“, erklärt Angelika Baur, die auch Volksschuldirektorin ist.

„Die Ministerin versteht unsere Intention voll und ganz. Auch sie ist der Ansicht, dass die Förderung der Kinder so früh wie möglich beginnen muss“, meint Baur. Und weiter: „Über den genauen Charakter der



Angelika Baur und Sonja Hammerschmid

Fördermaßnahmen wird noch zu diskutieren sein. Es war uns vor allem wichtig, ihr die Sichtweise und Wünsche vieler Vorarlberger Pflichtschullehrer nach Wien mitzugeben. Dazu gehören neben dem Zwei-Lehrer-System auch die Einführung der gemeinsamen Schule der 6- bis 14-Jährigen und die sozialindizierte Mittelzuweisung.“

JUNGLEHRERINNEN MIT SONDERVERTRÄGEN

Über 20 LehramtsstudentInnen, die an der PH Vorarlberg im letzten Ausbildungsjahr waren, mussten während den Sommerferien auf eine Entscheidung des Unterrichtsministeriums und des Bundeskanzleramtes warten, ob sie einen Sondervertrag zum Unterrichten im besser bezahlten neuen Dienstrecht erhalten würden. Grund: fehlende Prüfungen oder fehlende positive Beurteilung der Bachelorarbeit.

Ohne diesen Sondervertrag hätten diese KollegInnen nur eingestellt werden dürfen, wenn sie sich für das schlechter bezahlte alte Dienstrecht entschieden hätten. Viele von ihnen wären dann so lange nicht in den Schuldienst eingetreten, bis sie ihr Lehramt vollständig gehabt hätten. Da aber Vorarlberg dringend Lehrkräfte für die Aufrechterhaltung des Unterrichts benötigt, hat auch die Pflichtschullehrergewerkschaft Gespräche mit dem Bildungsministerium und dem Bundeskanzleramt geführt.

Mit Unterstützung von MMag. Dr. Thomas Bulant, Vorsitzender der FSG-PflichtschullehrergewerkschafterInnen in Wien, konnten das Bildungsministerium und das Bundeskanzleramt von der Dringlichkeit solcher Sonderverträge überzeugt werden.

Bis zum vollständigen Abschluss erhalten diese KollegInnen nun 85 % des Grundbezuges im Entlohnungsschema „pd“. Der Sondervertrag gilt einmalig befristet für die Dauer des Schuljahres 2016/17. Diese KollegInnen müssen allerdings im kommenden Schuljahr ihre Prüfungen bzw. die fehlende Bachelorarbeit nachholen. Eine Verlängerung des Sondervertrages um ein weiteres Jahr gibt es nicht. Das heißt: Wer bis Ende August 2017 das Lehramt nicht abgeschlossen hat, wird erst wieder angestellt, wenn alle Arbeiten positiv erledigt sind. (gun)



Ernüchternde Ergebnisse

Gabi Sprickler-Falschlunger (gabriele.sprickler-falschlunger@landtag.cnv.at)

2015 wurden auch die Vorarlberger Kinder in der 4. Schulstufe auf ihre Kompetenzen in Deutsch (Lesen und Schreiben) getestet. Das Ergebnis ist ernüchternd. Besonders besorgniserregend ist für mich die Tatsache, wie viele Viertklässler bei uns in Vorarlberg nicht sinnerfassend lesen können.

75% der Kinder aus Familien mit schlechter (Aus)Bildung können nicht oder nur teilweise das verstehen, was sie lesen. Ähnlich schlechte Ergebnisse zeigen sich bei Kindern aus Migrationsfamilien. Von der viel beschworenen Chancengleichheit

„Von der viel beschworenen Chancengleichheit kann keine Rede sein.“

kann keine Rede sein. Somit wurde ein wichtiges Ziel, nämlich unabhängig von der Herkunftsfamilie gute Bildungschancen zu

haben, überdeutlich verfehlt. Viele dieser Kinder werden schlechte Schüler und Schülerinnen bleiben, Probleme haben, eine Lehrstelle zu finden und vermehrt von Arbeitslosigkeit betroffen sein. Neben dem persönlichen Schicksal für die Betroffenen werden für die öffentliche Hand hohe Kosten anfallen.

Vorarlberg hat im Bundesländervergleich schlecht abgeschnitten. In der Annahme, dass die Vorarlberger Lehrer und Lehrerinnen genauso engagiert sind wie die Kollegenschaft in den Bundesländern, die besser abgeschnitten haben, muss man sich die Frage stellen, was die Gründe für das Vorarlberger Ergebnis sind.

Für mich sind die Kindergartenjahre ein Schlüssel für den Spracherwerb und die Aneignung grundlegender Fähigkeiten. Um gleich einem Missverständnis vorzubeugen: Es geht nicht darum, Schuldige zu finden, die Kindergartenpädagoginnen sind gut ausgebildet und sehr um die Kinder bemüht.

Trotzdem haben wir keinerlei Daten über die Effizienz der Arbeit, die dort geleistet wird. Wir wissen zwar, wie viele Kinder Förderungsbedarf haben. Und die Kindergartenpädagoginnen selbst können die Fortschritte des einzelnen Kindes beurteilen.

Eine wirkliche Beurteilung aber ist ausschließlich durch den Vergleich des Fortschrittes des geförderten

„Die Kindergartenjahre sind ein Schlüssel für den Spracherwerb.“

Kindes vom ersten auf das zweite Kindergartenjahr möglich. Darüber hat das Land keinerlei Übersicht. Dazu braucht es aber erst einmal vergleichbares (!) Datenmaterial. Niemand kann derzeit beurteilen, wie erfolgreich die einzelnen Kindergärten etwa in der Sprachförderung sind. Hier ist das Land säumig. In einem weiteren Schritt müssen die Ergebnisse verglichen werden, um dann entsprechende Maßnahmen zu setzen.

Eine andere Frage sind die Kindergartenplätze für Dreijährige. Gerade für Kinder aus bildungsfernen Familien ist der Kindergartenbesuch mit drei Jahren eine Riesenchance. Der stundenweise Besuch einer Spielgruppe kann kein Ersatz dafür sein. Hier sind viele Gemeinden im Land säumig, immer wieder finden Eltern für ihr Dreijähriges keinen Kindergartenplatz. Vorarlbergs lange gepflegte konservative Haltung zur Betreuung außer Haus spiegelt sich in der Haltung vieler Gemeinden wieder, die einfach weiterhin nicht genügend Kindergartenplätze für Dreijährige anbieten. Hier wird am falschen Platz gespart.

Die Rolle der Eltern bei der Förderung darf man natürlich nicht außer Acht lassen. Aber gerade Lehrer und Lehrerinnen wissen, wie schwierig es sein kann, Eltern zur Mitarbeit zu bewegen. Menschen, die selbst kein Buch lesen und deren Sprachschatz klein ist, werden ihre Kinder nicht entsprechend unterstützen können. Sanktionen für Eltern, die ihr Kind nicht entsprechend fördern, halte ich für wenig sinnvoll.

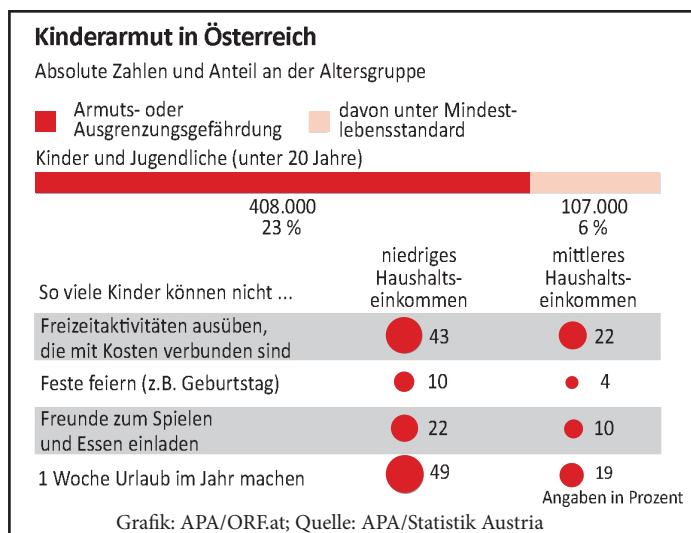
Vorarlberg mag in vielen Bereichen ein Vorzeigeland sein. Im Bildungsbereich schneiden wir meist schlechter als die anderen Bundesländer ab. Das haben nicht nur die Ergebnisse im Volksschulbereich, sondern auch jene bei der Zentralmatura gezeigt. In einem ersten Schritt wäre schon viel damit gewonnen, wenn die Landesregierung das einmal zur Kenntnis nimmt und nicht immer nach Erklärungen für das schlechte Abschneiden sucht. Eine prioritäre Aufgabe des Bildungssystems ist und bleibt es, Startnachteile für Kinder auszugleichen. Und dafür muss die schwarz-grüne Landesregierung die Rahmenbedingungen schaffen.



Armut hat auch Kinderaugen

Willi Schneider (wilhelm.schneider@schule.at)

In Österreich, dem viertreichsten Land in der EU, sind über 408.000 Kinder und Jugendliche armutsgefährdet, 107.000 davon gelten als wirklich arm (siehe Grafik!). In Vorarlberg sind ca. 19.000 unter 20-Jährige armutsgefährdet oder arm. Besonders betroffen sind: AlleinerzieherInnen, Familien mit migrantischem Hintergrund und Familien mit 3 und mehr Kindern. In Vorarlberg sind 63% der Alleinerzieherinnen – 10.000 Familien betroffen.



Da in diesen Familien die Existenzsicherung und die Organisation des Alltags besondere Herausforderungen sind, kommen die Kinder oft mehrfach zu kurz. Das Risiko, in ihrer sprachlichen, sozialen, emotionalen oder gesundheitlichen Entwicklung beeinträchtigt zu werden, ist größer. Ein besonderes Problem ist die Ausgrenzung. 13 % der Kinder und Jugendlichen unter 16 Jahren sind aus „zentralen Lebensbereichen“ ausgeschlossen. Folgende für die Entwicklung wichtige Dinge bleiben ihnen auf Grund der wirtschaftlichen Situation oft verwehrt:

- Zugang zu kindgerechten Büchern
- täglich Obst und Gemüse, also gesunde Ernährung
- ausreichend Licht und Ruhe zum Lernen
- Urlaubsreisen
- Ausübung von regelmäßigen Freizeitaktivitäten
- Freunde zu sich nach Hause einladen und Feste veranstalten
- Teilnahme an kostenpflichtigen Schulveranstaltungen

All das hat natürlich Auswirkungen auf die Bildungschancen dieser Kinder. Nur wenige Eltern von armutsgefährdeten Kindern können sich für ihren Nachwuchs einen

Studienabschluss vorstellen (20 % im Vergleich zu 53 % in Familien mit hohem Einkommen). Die Armut macht Kinder krank, einsam, beziehungslos und mit hoher Wahrscheinlichkeit später arbeitslos. Auch ihre Kinder laufen Gefahr, in ein ähnliches Schicksal getrieben zu werden.

Es ist daher dringlich, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- Weiterentwicklung der Transferleistungen zur Armutsbekämpfung (Mindestsicherung, Wohnbeihilfe,...)
- Schaffung eines gesellschaftlichen Klimas, welches Kinder und Jugendliche stärkt und ihnen Hoffnung auf Zukunft vermittelt. Spießrutenläufe für wohnungssuchende Alleinerzieherinnen, beschämende Bittbesuche in Sozialämtern, bei der Arbeitssuche u. ä. sollten der Vergangenheit angehören.
- Für kindergarten- und schulpflichtige Kinder aus armutsgefährdeten Familien muss die öffentliche Hand die Nebenkosten übernehmen.
- Gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen
- Ganztageskindergarten und -schulen für alle
- Zusätzliche Ressourcen für Kindergärten und Schulen mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil an Kindern aus armutsgefährdeten Familien, damit diese Kinder eine besondere Förderung erhalten können.
- Ausbau des Angebots an leistbaren Wohnungen
- Gesetzlicher Mindestlohn
- Gleichstellung von Mann und Frau
- Gerechte Verteilung von Vermögen und Einkommen (Wiedereinführung von Erbschaftssteuer, Vermögenssteuer und Schenkungssteuer) – Derzeit besitzt 1 % der Haushalte rund 30% des Gesamtvermögens. Das Vermögen der 10 reichsten Familien Österreichs beläuft sich zusammen auf 65 Mrd. Euro.

Schlussendlich liegt es aber auch an jedem/r Einzelnen, wie er/sie mit Menschen umgeht, die als armutsgefährdet oder arm einzustufen sind. Diffamierende Äußerungen sowohl von Parteien als auch von Einzelpersonen sind strikt abzulehnen.

Aus dem Teufelskreis der Armut können die Betroffenen nicht alleine ausbrechen, sie benötigen unsere Unterstützung. Gefordert ist natürlich auch die Politik. Die SPÖ – und mit ihr der neue Bundeskanzler – wird nur dann erfolgreich sein, wenn es gelingt, die Bundesregierung auf einen Masterplan zur Behebung der Armut einzuschwören. Nur so wird die Flucht der Ausweglosen in die Arme der Rechtspopulisten zu stoppen sein. Das gilt übrigens nicht nur für Österreich, sondern für die ganze EU.



**BETTINA BICKEL UND
GABRIELA DEMMELBAUER**
**SUPERVISION UND COACHING IM
SPANNUNGSFELD GESUNDHEIT**
Verlag GRIN,
ISBN 9783668216303

Der Begriff der Resilienz ist in den letzten Jahren in den Mittelpunkt gerückt, besonders in der Pädagogik, geht es doch darum, bei Kindern und Jugendlichen die nötige Widerstandskraft zu entwickeln, in einer zunehmend hektischer werdenden Welt zu überleben. Wie

aber sollen LehrerInnen diese Aufgabe meistern, wenn sie selbst im Spannungsfeld zwischen den Forderungen der Schulbehörde bzw. der direkten Vorgesetzten und den Erwartungen der Kinder bzw. Eltern stehend jene notwendige Widerstandskraft nicht entwickeln konnten und sich dementsprechend im „Gesundheits-Krankheits-Kontinuum“ in die negative Richtung bewegen? Dass den Führungspersonen dabei eine entscheidende Rolle zukommt, liegt auf der Hand, insbesondere dem/der unmittelbaren Vorgesetzten, im Schulbetrieb ist dies die Schulleitung.

Das Buch von Bickel/Demmelbauer mag Anleitung zu einem wertschätzenden Umgang der SchulleiterInnen gegenüber den Lehrpersonen sein, ist aber durch die Vorstellung einiger wichtiger Erkenntnisse der Resilienzforschung und der angeführten Praxisbeispiele aus Supervision und Coaching weit mehr. Wohltuend empfinde ich, dass nicht versucht wird, krankmachende Faktoren zu

benennen, sondern im positiven Sinne eine gesundheitsfördernde Führung zu propagieren. Die „zehn Schlüsselfaktoren für Gesundes Führen“ [10 Gebote, sic!] kommen nicht nur den LehrerInnen zu Gute, sondern sind ebenso wichtig für die Führungsperson selbst. *„Es nützt nichts, wenn am Ende zwar das Ergebnis stimmt, Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen unversehrt bleiben, aber die Führungskraft ausgebrannt ist. Sich selbst zu schützen und auf sich zu achten, gehört deshalb genauso zu den Aufgaben einer guten Führung.“* [Seite 30]

Viele meiner KollegInnen sind, oft trotz größter beruflicher Probleme, äußerst skeptisch gegenüber Supervision. Ich weiß um deren heilsame Wirkung und denke mir, dass dieses Büchlein zum besseren Verständnis für und zur größeren Verbreitung von Supervision beitragen könnte.

Franz Bickel

DAS GROSSE INFO- UND SERVICEPORTAL FÜR VORARLBERGER PFLICHTSCHULLEHRERINNEN

- Aktuelles zum Thema Bildung
- Mittwochsinfos zum Nachschlagen
- Info über die Pflichtschullehrergewerkschaft
- Schulnotizen zum Downloaden
- Adressen und Telefonnummern der PersonalvertreterInnen
- Jahreskalender zum Herunterladen
- Info zum neuen Dienstrecht (pd)
- Wichtige Formulare
- Gesetze, Erlässe, Verordnungen

[www. freielehrer.at](http://www.freielehrer.at)